Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an der Bauleitplanung (§ 4 Baugesetzbuch)

Wichtiger Hinweis:

Mit der Beteiligung wird Ihnen als Träger öffentlicher Belange die Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen Ihrer Zuständigkeit zu einem konkreten Planverfahren gegeben. Zweck der Stellungnahme ist es, der Gemeinde die notwendigen Informationen für ein sachgerechtes und optimales Planungsergebnis zu verschaffen. Die Stellungnahme ist zu begründen; die Rechtsgrundlagen sind anzugeben, damit die Gemeinde den Inhalt nachvollziehen kann. Die Abwägung obliegt der Gemeinde.

1. Gemeinde

Büchlberg

Flächennutzungsplan : **Deckblatt Nr. 13- Salzbergsiedlung** mit Landschaftsplan :

Bebauungsplan _____
für das Gebiet _____

mit Grünordnungsplan

dient der Deckung dringenden Wohnbedarfs ja nein

Satzung über den Vorhaben- und Erschließungsplan

Sonstige Satzung:

Frist für die Stellungnahme (§ 4 BauGB) **gem. Sg 61/ 62 LRA-PA : 04.11.2024**

2. Träger öffentlicher Belange

Landratsamt-Passau, Abteilung 7 Städtebau

Name / Stelle des Trägers öffentlicher Belange (mit Anschrift und Tel.Nr.)

Claudia Ruderer-Wieland, Domplatz 11, 94032 Passau

Tel.: 0851-397-7203

Email: Claudia.Ruderer-Wieland@landkreis-passau.de

2.1 Keine Äußerung

2.2 Ziele der Raumordnung und Landesplanung, die eine Anpassungspflicht nach § 1 Abs. 4 BauGB auslösen

2.3 Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands

2.4 Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall in der Abwägung nicht überwunden werden können (z. B. Landschafts- oder Wasserschutzgebietsverordnungen)

Einwendungen :

Rechtsgrundlagen

BauGB, BauNVO, PlanZV

Möglichkeiten der Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

2.5 Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlagen

**Der Gemeinde Büchlberg beabsichtigt eine Fläche mit einer Größe von rund 2.500 m², welche im derzeit rechtskräftigen Flächennutzungsplan als Grünfläche/ Bolzplatz dargestellt ist, in eine Wohngebietsfläche umzuwandeln. Zudem soll der Bebauungsplan „Salzbergsiedlung“ mit Deckblatt Nr. 22 entsprechend geändert werden.
Aus städtebaulicher Sicht soll generell eine Bebauung in zweiter Reihe verhindert werden. Die geringfügige Erweiterung der WA- Fläche ist jedoch angemessen und bedarfsgerecht. Die Fläche ist von der Lage her angebunden.
In städtebaulicher Hinsicht bestehen daher gegen das Deckblatt keine grundsätzlichen Bedenken.**

Passau, 04.11.2024

Ort, Datum

Claudia Ruderer-Wieland

Baurätin

Unterschrift, Dienstbezeichnung